Niedersächsisches Ministerialblatt

64. (69.) Jahrgang

Hannover, den 26. 2. 2014

Nummer 8

INHALT

A. Staatskanzlei		Evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig	
Beschl. 28. 1. 2014, Geschäftsverteilung der Niedersächsischen Landesregierung	172	KV 9. 9. 2013, Kirchenverordnung über die Zusammenlegung der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden Salzdahlum in Wolfenbüttel, Apelnstedt in Sickinge und Volzum in Sickinge in der Propstei Wolfenbüttel	180
B. Ministerium für Inneres und Sport		Evangelisch reformierte Kirche	
C. Finanzministerium		Urk. 23. 12. 2013, Urkunde über die Vereinigung der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Melle und der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Osnabrück zur Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Osnabrück	180
RdErl. 13. 2. 2014, Tabellen der standardisierten Personalkostensätze für die Durchführung von Gesetzesfolgenabschätzungen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen, der Durchschnittssätze für die Veranschlagung der Personalausgaben sowie der Durchschnittssätze für die Berechnung der haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen der Altersteilzeit für 2014	172	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	
64000		Vfg. 4. 2. 2014, Aufstufung von Teilstrecken im Zuge der Kreisstraße 27	181
RdErl. 18. 2. 2014, Niedersächsische Beihilfeverordnung (NBhVO); Beihilfegewährung für Aufwendungen für stationäre Pflege für Versicherte der sozialen Pflegeversicherung 20444	178	Bek. 12. 2. 2014, Feststellung gemäß § 3 a UVPG; Bahnsteigverlängerung Haltestelle Langenhagen Endpunkt	181
D. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration		Bek. 13. 2. 2014, Feststellung gemäß § 3 a UVPG; Bahnsteigverlängerung Haltestelle Werner-v.-Siemens-Platz	181
RdErl. 11. 2. 2014, Verwaltungskostenrecht; Billigkeitsmaßnahmen gemäß § 11 Abs. 5 NVwKostG	178	Niedersächsische Landesmedienanstalt	
21067		Bek. 13. 2. 2014, Übereinstimmende Satzung der Landesmedienanstalten zur Deckung der notwendigen Ausgaben/Aufwendungen der Organe nach § 35 Absatz 2 des Rundfunkstaatsvertrags und zur Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben (Finanzierungssatzung – FS)	181
E. Ministerium für Wissenschaft und Kultur		Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz	
F. Kultusministerium		Bek. 12. 2. 2014, Feststellung gemäß § 3 a UVPG; Nacherhöhung des Weserhauptdeiches von der Landesgrenze Bremen bis Wurthfleth, Landkreise Osterholz und Cuxhaven	183
G. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr		Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven	
H. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		Bek. 17. 2. 2014, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (NAWARO Biogas WBO GmbH & Co. KG, Rhadereistedt)	183
I. Justizministerium		Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg	
K. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz		Bek. 26. 2. 2014, Entscheidung nach dem BImSchG; Öffentliche Bekanntmachung (K & S Verwaltungs-GmbH, Hamburg)	183
Bischöfliches Generalvikariat Osnabrück		Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Osnabrück	
Dekret und Gesetz 15. 12. 2013, Dekret über die Aufhebung der Pfarreien Heilig Kreuz, Rosenkranz und St. Bonifatius, Osnabrück, und die Neuerrichtung der Pfarrei Heilig Kreuz, Osnabrück, und Gesetz über die Neuordnung des Vermögens dieser kirchlichen Körperschaften	178	Bek. 31. 1. 2014, Feststellung gemäß § 3 a UVPG (Trinity GmbH, Bad Bentheim)	184
Dekret und Gesetz 15. 12. 2013, Dekret über die Aufhebung der Pfarreien St. Michael, Papenburg, und St. Marien, Papenburg, und die Neuerrichtung der Pfarrei St. Michael, Papenburg, und Gesetz über die Neuordnung des Vermögens dieser kirchlichen Körperschaften	179	Berichtigungen	184/185
		Stellenausschreibungen	185
		Bekanntmachungen der Kommunen	
		Bek. 17. 2. 2014, Aufhebung der „Bockwindmühle Dornum-Stiftung“	185

A. Staatskanzlei**Geschäftsverteilung
der Niedersächsischen Landesregierung****Beschl. d. LReg v. 28. 1. 2014 — StK-201-01431/05 —****— VORIS 20100 —****Bezug:** Beschl. v. 17. 7. 2012 (Nds. MBl. S. 610), zuletzt geändert durch
Beschl. v. 17. 12. 2013 (Nds. MBl. 2014 S. 2)
— VORIS 20100 —

Anlage 1 des Bezugsbeschlusses wird mit Wirkung vom 1. 3. 2014 wie folgt geändert:

- In Abschnitt I Nr. 2 werden die Worte „Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration (MS)“ durch die Worte „Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS)“ ersetzt.
- Abschnitt II Nr. 4 erhält folgende Überschrift:
„4. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS)“.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 172

C. Finanzministerium**Tabellen
der standardisierten Personalkostensätze
für die Durchführung von Gesetzesfolgenabschätzungen
und Wirtschaftlichkeitsberechnungen,
der Durchschnittssätze für die Veranschlagung
der Personalausgaben
sowie der Durchschnittssätze für die Berechnung der
haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen der Altersteilzeit
für 2014****RdErl. d. MF v. 13. 2. 2014 — 12-00 33.33/2014 —****— VORIS 64000 —****Bezug:** a) Bek. d. StK v. 15. 4. 1998 (Nds. MBl. S. 759)
— VORIS 20120 00 00 00 003 —
b) RdErl. v. 12. 12. 2012 (Nds. MBl. 2013 S. 156)
— VORIS 64100 —
c) RdErl. v. 11. 6. 2013 (Nds. MBl. S. 453)
— VORIS 64000 —

1. In den **Anlagen 1 und 2** werden die standardisierten Personalkostensätze bekannt gegeben. Die Berechnungen basieren auf dem NBesG i. d. F. vom 7. 11. 2008 (Nds. GVBl. S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 16. 12. 2013 (Nds. GVBl. S. 310), sowie dem Änderungstarifvertrag Nr. 7 zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vom 9. 3. 2013.

Die standardisierten Personalkostensätze sind sowohl für Gesetzesfolgenabschätzungen als auch im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsberechnungen, sofern standardisierte Werte für den Personalbereich zugrunde gelegt werden, heranzuziehen. Sie werden berechnet nach dem in Nummer 3.4.4 der Vorläufigen Grundsätze für die Durchführung von Gesetzesfolgenabschätzungen festgelegten Schema (Anlage zur Bezugsbekanntmachung zu a). Für die Sachkostenpauschale (Spalte 8 der Tabellen) wurde auf der Basis von aktuellen Daten, ohne Personal und Ist-Ausgaben in den Schulkapiteln, im Kapitel 03 20 sowie im Kapitel 11 05 ein Pauschsatz für einen durchschnittlichen normalen Büroarbeitsplatz ermittelt. Dieser Pauschsatz in Höhe von **7 907 EUR** enthält neben Pauschalen für

- kalkulatorische Raumkosten in Höhe von **1 524 EUR**,
- laufende Sachkosten in Höhe von **3 485 EUR** für z. B. Material, Fernmeldekosten, Einzelerwerb von Büroausstattungsgegenständen usw.,
- sonstige jährliche Investitionen in Höhe von **435 EUR** für z. B. Fernmeldeanlagen, besondere Betriebseinrichtungen und Ähnliches

einen Zuschlag in Höhe von **2 463 EUR** für die IuK-Ausstattung eines Büroarbeitsplatzes.

Sofern Arbeitsplätze mit Spezialausstattungen betrachtet werden, sind anstelle der in der Sachkostenpauschale enthaltenen Pauschsätze die auf den Einzelfall abgestimmten Kosten zu ermitteln.

Hinsichtlich der in die Berechnung einbezogenen Durchschnittssätze wird auf Nummer 2 verwiesen.

2. In der **Anlage 3** sind für alle Besoldungs- und Entgeltgruppen die Durchschnittssätze zur Veranschlagung der Personalausgaben zusammengefasst dargestellt. Hierin sind die Auswirkungen des oben aufgeführten Anpassungsgesetzes sowie der oben aufgeführten Tarifeinigung berücksichtigt.

Die Durchschnittssätze werden auf Basis der von der Abteilung Landesweite Bezüge- und Versorgungsstelle der OFD ermittelten Ist-Ausgaben je Besoldungs- und Entgeltgruppe im Zahlmonat Oktober 2013 berechnet, wobei

- im Besoldungsbereich
 - die Auswirkungen der linearen Anpassung ab 1. 6. 2014 (2,95 %),
 - die Jahressonderzahlung für Kinder,
 - die Jahressonderzahlung für Beamtinnen und Beamte bis BesGr. A 8,
 - die Amtszulagen,
 - die dynamischen und statischen Stellen- sowie Erschwerniszulagen,
- im Tarifbereich jeweils einschließlich der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, der Umlage zur Zusatzversicherung und des Sanierungsgeldes
 - die Auswirkungen der linearen Anpassung ab 1. 1. 2014 (2,95 %),
 - die Jahressonderzahlung und die Strukturausgleichszulage,
 - die kindbezogenen Entgeltanteile gemäß § 11 des Tarifvertrages zur Überleitung der Beschäftigten der Länder in den TV-L,
 - die dynamischen und statischen Stellenzulagen sowie Erschwerniszulagen

einbezogen wurden.

Sofern darüber hinaus weitere Zulagen gewährt werden, sind diese den Durchschnittssätzen hinzuzurechnen.

Bei Abweichungen von den Stellenplänen und Bedarfsnachweisen (neue Stellen, Höherstufungen usw.), Veränderungen der Personalkostenbudgets sowie bei Veränderungen der Beschäftigungsmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte sind ab sofort die neu berechneten Durchschnittssätze anzuwenden.

3. Die Durchschnittssätze zur Berechnung der haushaltswirtschaftlichen Auswirkungen der Altersteilzeit im Haushaltsjahr 2014 für die einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen sind in der **Anlage 4** zusammengefasst dargestellt.

4. Grundlage für die Berechnung der Durchschnittssätze und somit auch der standardisierten Personalkostensätze sind die Strukturverhältnisse innerhalb der Landesverwaltung. Zur Übernahme auf Bereiche außerhalb der Landesverwaltung sind sie daher nicht geeignet.

5. Dieser RdErl. tritt am 13. 2. 2014 in Kraft. Gleichzeitig wird der Bezugserrlass zu c aufgehoben.

An die
Dienststellen der Landesverwaltung

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 172

Anlage 1

Standardisierte Personalkostensätze für den Besoldungsbereich
Stand: NBVAnpG 2014

1	2	3	4	5	6	7	8	9
BesGr.	Durchschnittssatz in EUR	Versorgungszuschlag und Aufwendungen für Beihilfen (30 % von Spalte 2 zuzüglich 2 060 EUR) in EUR (gerundet)	personalbezogene Sachausgaben (0,8 % von Spalte 2) in EUR (gerundet)	Bruttopersonalkosten (Summe Spalten 2, 3 und 4) in EUR	Personalgemein- kostenzuschlag (15 % von Spalte 5) in EUR (gerundet)	Zwischensumme (Summe Spalten 5 und 6) in EUR	Sachkostenpauschale für einen normalen durchschnittlichen Büroarbeitsplatz in EUR	Personalkosten zuzüglich Arbeitsplatzkosten (Summe Spalten 7 und 8) in EUR
Laufbahngruppe 1								
A 5	30 050	11 075	240	41 365	6 205	47 570	7 907	55 477
A 6	31 325	11 458	251	43 034	6 455	49 489	7 907	57 396
1. Einstiegsamt	30 590	11 237	245	42 072	6 311	48 383	7 907	56 290
A 6	27 361	10 268	219	37 848	5 677	43 525	7 907	51 432
A 7	31 318	11 455	251	43 024	6 454	49 478	7 907	57 385
A 8	35 002	12 561	280	47 843	7 176	55 019	7 907	62 926
A 9	38 189	13 517	306	52 012	7 802	59 814	7 907	67 721
2. Einstiegsamt	35 185	12 616	281	48 082	7 212	55 294	7 907	63 201
A 9	31 758	11 587	254	43 599	6 540	50 139	7 907	58 046
A 10	38 983	13 755	312	53 050	7 958	61 008	7 907	68 915
A 11	45 775	15 793	366	61 934	9 290	71 224	7 907	79 131
A 12	50 591	17 237	405	68 233	10 235	78 468	7 907	86 375
A 13	56 871	19 121	455	76 447	11 467	87 914	7 907	95 821
1. Einstiegsamt	46 823	16 107	375	63 305	9 496	72 801	7 907	80 708
A 13	52 814	17 904	423	71 141	10 671	81 812	7 907	89 719
A 14	60 987	20 356	488	81 831	12 275	94 106	7 907	102 013
A 15	69 223	22 827	554	92 604	13 891	106 495	7 907	114 402
A 16	77 356	25 267	619	103 242	15 486	118 728	7 907	126 635
B 2	82 620	26 846	661	110 127	16 519	126 646	7 907	134 553
2. Einstiegsamt	64 862	21 519	519	86 900	13 035	99 935	7 907	107 842
Laufbahngruppe 2								

Anlage 2

Standardisierte Personalkostensätze für den Arbeitnehmerbereich

Stand: Änderungsstarifvertrag Nr. 7 zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vom 9. 3. 2013

1	2	3	4	5	6	7	8
Entgeltgruppe	Durchschnittssatz in EUR	personalbezogene Sachausgaben (0,8 % von Spalte 2) in EUR (gerundet)	Bruttopersonalkosten (Summe Spalten 2 und 3) in EUR	Personalgemein- kostenzuschlag (15 % von Spalte 4) in EUR (gerundet)	Zwischensumme (Summe Spalten 4 und 5) in EUR	Sachkostenpauschale für einen normalen durch- schnittlichen Büroarbeitsplatz in EUR	Personalkosten zuzüglich Arbeitsplatzkosten (Summe Spalten 6 und 7) in EUR
2	35 801	286	36 087	5 413	41 500	7 907	49 407
2 Ü	38 828	311	39 139	5 871	45 010	7 907	52 917
3	37 769	302	38 071	5 711	43 782	7 907	51 689
Durchschnitt vergleichbar LGr. 1 EA 1	37 399	299	37 698	5 655	43 353	7 907	51 260
4	40 255	322	40 577	6 087	46 664	7 907	54 571
5	42 334	339	42 673	6 401	49 074	7 907	56 981
6	45 605	365	45 970	6 896	52 866	7 907	60 773
7	46 385	371	46 756	7 013	53 769	7 907	61 676
8	48 753	390	49 143	7 371	56 514	7 907	64 421
Durchschnitt vergleichbar LGr. 1 EA 2	45 045	360	45 405	6 811	52 216	7 907	60 123
9	53 487	428	53 915	8 087	62 002	7 907	69 909
10	60 841	487	61 328	9 199	70 527	7 907	78 434
11	65 650	525	66 175	9 926	76 101	7 907	84 008
12	73 106	585	73 691	11 054	84 745	7 907	92 652
Durchschnitt vergleichbar LGr. 2 EA 1	58 963	472	59 435	8 915	68 350	7 907	76 257
13	61 480	492	61 972	9 296	71 268	7 907	79 175
13 Ü	79 512	636	80 148	12 022	92 170	7 907	100 077
14	76 132	609	76 741	11 511	88 252	7 907	96 159
15	85 158	681	85 839	12 876	98 715	7 907	106 622
15 Ü	101 656	813	102 469	15 370	117 839	7 907	125 746
Durchschnitt vergleichbar LGr. 2 EA 2	65 939	528	66 467	9 970	76 437	7 907	84 344

LGr. = Laufbahngruppe
EA = Einstiegsamt

Tabellen der Durchschnittssätze für die Veranschlagung der Personalausgaben in 2014

Stand: NBVAnpG 2014 sowie Änderungsstarifvertrag Nr. 7 zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vom 9. 3. 2013

1. der Dienstbezüge der BesO A, B, C, R und W

1.1 — Allgemein —

	Laufbahngruppe 1													Laufbahngruppe 2									
	1.						2.							1.					2.				
	A 5	A 6	A 6	A 7	A 8	A 9	A 9 + Z	A 9	A 10	A 11	A 12	A 13	A 13 + Z	A 13	A 14	A 15	A 16	A 16 + Z					
Einstiegsamt																							
BesGr.	30 050	31 325	27 361	31 318	35 002	38 189	41 450	31 758	38 983	45 775	50 591	56 871	61 065	60 987	69 223	77 356	81 927						
Durchschnittssatz in EUR																							
BesGr.	B 2	B 3	B 4	B 6	C 2	C 3	C 4	R 1	R 2	R 3	R 4	W 1	W 2	W 3									
Durchschnittssatz in EUR	82 620	86 954	93 228	103 248	69 533	77 303	93 716	61 775	77 424	87 045	91 785	51 164	71 598	91 133									

1.2 — Justizvollzug —

	Laufbahngruppe 1						Laufbahngruppe 2						
	2.			1.			1.			2.			
	A 7	A 8	A 9	A 9 + Z	A 9	A 10	A 11	A 12	A 13	A 13	A 14	A 15	A 16
Einstiegsamt													
BesGr.	32 216	36 899	39 739	42 978	36 045	42 269	47 489	52 841	58 177	53 665	61 486	70 653	77 864
Durchschnittssatz in EUR													

1.3 — Polizei —

	Laufbahngruppe 2					
	1.			2.		
	A 9	A 10	A 11	A 12	A 13	A 16
Einstiegsamt						
BesGr.	35 495	44 386	48 787	53 811	59 322	79 139
Durchschnittssatz in EUR						

1.4 — Steuerverwaltung —

	Laufbahngruppe 1						Laufbahngruppe 2							
	1.			2.			1.			2.				
	A 6	A 7	A 8	A 9	A 9 + Z	A 9	A 10	A 11	A 12	A 13	A 14	A 16		
Einstiegsamt														
BesGr.	30 764	24 648	30 402	35 104	38 196	41 418	31 428	39 812	45 545	51 782	57 722	52 143	69 730	78 818
Durchschnittssatz in EUR														

1.5 — Lehrkräfte —

	Laufbahngruppe 2									
	1.			2.						
	A 9	A 10	A 11	A 12	A 13	A 13 + Z	A 13	A 14	A 15	A 16
Einstiegsamt										
BesGr.	38 374	43 020	46 981	47 104	54 473	58 365	52 953	61 591	69 457	78 090
Durchschnittssatz in EUR										

2. der Entgelte der Tarifbeschäftigten

2.1 — Allgemein —

Entgeltgruppen

	2	2 Ü	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	13 Ü	14	15	15 Ü
Durchschnitts-	35 801	38 828	37 769	40 255	42 334	45 605	46 385	48 753	53 487	60 841	65 650	73 106	61 480	79 512	76 132	85 158	101 656
satz in EUR																	

2.2 — Lehrkräfte —

Entgeltgruppen

	6	8	9	10	11	12	13	14
Durchschnitts-	43 313	48 149	54 423	63 669	61 351	63 104	69 105	84 833
satz in EUR								

3. der Entgelte der Personenwagenkraftfahrerinnen/Personenwagenkraftfahrer

Pauschalgruppen

	I	II	III	IV	pers. Fahrer
Durchschnitts-	46 234	49 678	55 636	59 721	64 771
satz in EUR					

4. der Bezüge der Beamtinnen/Beamten auf Widerruf

BesGr. des Eingangsamtes nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes

	Allgemein				Justiz	Polizei	Steuerverwaltung		Lehrkräfte			
	öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis (A 9 bis A 11)	A 6 bis A 8	A 9 bis A 11	A 13 + Zulage			A 6 bis A 8	A 9 bis A 11	A 12	A 13	A 13 + Zulage	
14 276	14 517	12 533	12 933	16 060	20 010	15 265	13 952	12 151	12 814	14 958	15 647	15 642

5.1 der Ausbildungsvergütung für Auszubildende

14 438

5.2 der Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Heilpädagoginnen und Heilpädagogen

22 098

Tabellen der Durchschnittsätze zur Berechnung der hauswirtschaftlichen Auswirkungen der Altersteilzeit in 2014

Stand: NBVAnpG 2014 sowie Änderungsstarifvertrag Nr. 7 zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vom 9. 3. 2013

1. der Dienstbezüge der BesO A

Einstiegsamt BesGr.	Besoldungsgruppen														
	Laufbahngruppe 1							Laufbahngruppe 2							
	2.		1.					2.		1.					
	A 9	A 9 + Z	A 10	A 11	A 12	A 13	A 13 + Z	A 13	A 14	A 15	A 16				
Durchschnitts- satz in EUR	38 022	41 478	43 151	47 362	51 565	57 204	58 920	57 939	62 997	71 112	78 372				

2. der Entgelte der Tarifbeschäftigten

2.1 — Allgemein —

Durchschnitts- satz in EUR	Entgeltgruppen														
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	13 Ü	14	15
Durchschnitts- satz in EUR	39 527	41 632	44 168	46 769	49 939	51 631	53 439	59 575	72 893	77 826	84 408	85 031	91 151	89 839	97 951

2.2 — Lehrkräfte —

Durchschnitts- satz in EUR	Entgeltgruppen			
	8	9	10	14
Durchschnitts- satz in EUR	53 428	59 099	72 641	90 533

3. der Entgelte der Personenwagenkraftfahrerinnen/Personenwagenkraftfahrer

Durchschnitts- satz in EUR	Pauschalgruppen	
	II	III
Durchschnitts- satz in EUR	52 814	57 900

**Niedersächsische Beihilfeverordnung (NBhVO);
Beihilfegewährung für Aufwendungen für stationäre Pflege
für Versicherte der sozialen Pflegeversicherung**

RdErl. d. MF v. 18. 2. 2014 — VD3-03541/36 —

— **VORIS 20444** —

Im Vorgriff auf eine beabsichtigte Änderung der NBhVO wird Folgendes geregelt:

Abweichend von § 36 Satz 1 NBhVO gilt für Aufwendungen für stationäre Pflege für Beihilfeberechtigte und berücksichtigungsfähige Angehörige, die Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung erhalten, § 34 Abs. 1 NBhVO mit der Maßgabe entsprechend, dass der Bemessungssatz 50 % beträgt.

Dieser RdErl. tritt am 1. 3. 2014 in Kraft und mit Ablauf des 31. 12. 2019 außer Kraft.

An die
Dienststellen der Landesverwaltung
Region Hannover, Gemeinden, Landkreise und der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 178

**D. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie,
Gesundheit und Integration**

**Verwaltungskostenrecht;
Billigkeitsmaßnahmen gemäß § 11 Abs. 5 NVwKostG**

RdErl. d. MS v. 11. 2. 2014 — 401.3-41600/20/10 —

— **VORIS 21067** —

— Im Einvernehmen mit dem MF —

Gemäß § 11 Abs. 5 NVwKostG wird bestimmt, dass für die Belehrung und Bescheinigung nach § 43 Abs. 1 IfSG vom 20. 7. 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 21 des Gesetzes vom 7. 8. 2013 (BGBl. I S. 3154), keine Gebühren zu erheben sind (Tarifnummer 49.1.15 ALLGO), wenn diese Amtshandlung von

1. einer Schülerin oder einem Schüler einer allgemeinbildenden Schule oder einer Berufseinstiegsschule für Zwecke einer berufsorientierenden Maßnahme,
2. einer Schülerin, einem Schüler oder einer Person aus der Elternschaft für Zwecke der Ausgabe von Pausenfrühstück in der Schule,
3. einer Person für Zwecke der Zubereitung der Mittagsverpflegung und deren Ausgabe an Schülerinnen und Schüler an einer Ganztagschule, soweit diese Tätigkeit ehrenamtlich wahrgenommen wird,
4. einer Person für Zwecke der Zubereitung von Mahlzeiten und deren Ausgabe an betreute Kinder in einer Tageseinrichtung, soweit diese Tätigkeit ehrenamtlich wahrgenommen wird, oder
5. einer Feldköchin, einem Feldkoch oder einer Hilfskraft für Tätigkeiten in Feldküchen im Rahmen des Katastrophenschutzes oder des Zivilschutzes

veranlasst worden ist.

Dieser RdErl. tritt am 1. 3. 2014 in Kraft und mit Ablauf des 31. 12. 2019 außer Kraft.

An die
Landkreise und kreisfreien Städte

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 178

Bischöfliches Generalvikariat Osnabrück

**Dekret
über die Aufhebung der Pfarreien Heilig Kreuz,
Rosenkranz und St. Bonifatius, Osnabrück, und die
Neuerrichtung der Pfarrei Heilig Kreuz, Osnabrück,
und
Gesetz
über die Neuordnung des Vermögens
dieser kirchlichen Körperschaften**

Vom 15. 12. 2013

I. Teil

Dekret über die Aufhebung der Pfarreien Heilig Kreuz, Rosenkranz und St. Bonifatius, Osnabrück, und die Neuerrichtung der Pfarrei Heilig Kreuz, Osnabrück

Pfarreien zu errichten, aufzuheben oder zu verändern ist gemäß can. 515 § 2 CIC Angelegenheit des Diözesanbischofs, der zuvor den Priesterrat anzuhören hat. Nach Anhörung des Priesterrates, der in seiner Sitzung am 19. September 2013 der Regelung dieses Dekrets zugestimmt hat, der Anhörung der beteiligten Kirchengemeinden und der Beteiligung der niedersächsischen Landesregierung wird folgendes angeordnet:

1. Mit Ablauf des 31. Dezember 2013 werden die Pfarreien Heilig Kreuz, Schützenstraße 87, 49084 Osnabrück, Rosenkranz, Windthorststraße 60, 49084 Osnabrück, und St. Bonifatius, Widukindplatz 1, 49086 Osnabrück, die staatskirchenrechtlich den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts haben, aufgehoben.
2. Zugleich wird mit Wirkung vom 01. Januar 2014 die Pfarrei Heilig Kreuz, Schützenstraße 87, 49084 Osnabrück, errichtet.
3. Die Pfarrei Heilig Kreuz in Osnabrück ist eine öffentliche juristische Person des kanonischen Rechts und für den staatlichen Bereich als katholische Kirchengemeinde eine Körperschaft des öffentlichen Rechts vorbehaltlich geltenden staatlichen Rechts. Sie führt als solche den Namen „Katholische Kirchengemeinde Heilig Kreuz, Osnabrück“.
4. Die Pfarrei Heilig Kreuz führt ein Pfarrsiegel.
5. Das Gebiet der Pfarrei Heilig Kreuz umfasst ab dem 01. Januar 2014 das Gebiet der bisherigen nach Ziffer 1 aufgehobenen Pfarreien.
6. Pfarrkirche der Pfarrei Heilig Kreuz wird die Kirche Heilig Kreuz. Die Kirchen St. Maria Rosenkranz und St. Bonifatius werden unter Beibehaltung ihrer Patrozinien Gemeindkirchen (Filialkirchen).
7. Die Kirchenbücher und Akten der aufgehobenen Pfarreien werden zum Zeitpunkt der Aufhebung dieser Pfarreien geschlossen und von der neuerrichteten Pfarrei Heilig Kreuz in sichere Verwahrung genommen. Die bisherigen Siegel der nach Ziffer 1 aufgehobenen Pfarreien verlieren ihre Gültigkeit und werden ebenfalls von der Pfarrei Heilig Kreuz in sichere Verwahrung genommen. Die Pfarrei Heilig Kreuz führt ein neues Pfarrsiegel. Ab dem Zeitpunkt ihrer Errichtung nimmt ausschließlich die Pfarrei Heilig Kreuz erforderliche Eintragungen in neu anzulegende Kirchenbücher vor.
8. Die Katholische Kirchengemeinde Heilig Kreuz wird gemäß § 18 Abs. 2 Kirchenvermögensverwaltungsgesetz (KVVG) vom 15. Juli 2000 in der Fassung vom 1. Februar 2005 von einem Verwaltungsausschuss vertreten, dessen Mitglieder durch eine gesonderte bischöfliche Urkunde bestellt werden. Dieser übt bis zur konstituierenden Sitzung des Kirchenvorstandes nach seiner Wahl die Rechte und Pflichten eines Kirchenvorstandes nach dem KVVG aus.
9. Die Aufgabe des Pfarrgemeinderates wird bis zur konstituierenden Sitzung nach der nächsten Wahl ein Pastoralausschuss wahrnehmen, dem alle bisherigen Mitglieder des gemeinsamen Pfarrgemeinderates der gemäß Nr. 1 aufgehobenen Pfarreien angehören. Für den Pastoralausschuss gelten die Regelungen der Satzung für Pfarrgemeinderäte in der Diözese Osnabrück entsprechend.

II. Teil

Gesetz

über die Neuordnung des Vermögens

Gemäß der aufgrund can. 391 CIC bestehenden Gesetzgebungsbefugnis und in Ausübung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts gemäß Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137 Abs. 5 der Weimarer Reichsverfassung sowie Art. 12 Abs. 1 Niedersachsenkonkordat wird Folgendes gesetzlich angeordnet:

§ 1 — Geltung des Dekretes des I. Teils

Das im I. Teil dieser Urkunde enthaltene Dekret über die Aufhebung der Pfarreien Heilig Kreuz, St. Maria Rosenkranz und St. Bonifatius, Osnabrück, und die Neuerrichtung der Pfarrei Heilig Kreuz, Osnabrück, ist Bestandteil dieses Gesetzes.

§ 2 — Rechtsnachfolge

Die Katholische Kirchengemeinde Heilig Kreuz, Osnabrück, ist ab dem Zeitpunkt der Wirksamkeit der Errichtung am 01. Januar 2014 Rechtsnachfolgerin der gemäß I. Teil Nr. 1 aufgehobenen Kirchengemeinden.

§ 3 — Neuordnung des Grundvermögens
(Nicht abgedruckt.)

III. Teil

Inkrafttreten

Dieses Dekret und dieses Gesetz treten mit der Unterzeichnung in Kraft.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 178

Dekret

**über die Aufhebung der Pfarreien St. Michael,
Papenburg, und St. Marien, Papenburg, und die
Neuerrichtung der Pfarrei St. Michael, Papenburg,
und
Gesetz**

**über die Neuordnung des Vermögens
dieser kirchlichen Körperschaften**

Vom 15. 12. 2013

I. Teil

Dekret über die Aufhebung der Pfarreien St. Michael, Papenburg, und St. Marien, Papenburg, und die Neuerrichtung der Pfarrei St. Michael, Papenburg

Pfarreien zu errichten, aufzuheben oder zu verändern ist gemäß can. 515 § 2 CIC Angelegenheit des Diözesanbischofs, der zuvor den Priesterrat anzuhören hat. Nach Anhörung des Priesterrates, der in seiner Sitzung am 19. September 2013 der Regelung dieses Dekrets zugestimmt hat, der Anhörung der beteiligten Kirchengemeinden und der Beteiligung der niedersächsischen Landesregierung wird folgendes angeordnet:

1. Mit Ablauf des 31. Dezember 2013 werden die Pfarreien St. Michael, Umländerwiek rechts 1, 26871 Papenburg, und St. Marien, Birkenallee 3, 26871 Papenburg, die staatskirchenrechtlich den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts haben, aufgehoben.
2. Zugleich wird mit Wirkung vom 01. Januar 2014 die Pfarrei St. Michael, Umländerwiek rechts 1, 26871 Papenburg, errichtet.
3. Die Pfarrei St. Michael in Papenburg ist eine öffentliche juristische Person des kanonischen Rechts und für den staatlichen Bereich als katholische Kirchengemeinde eine Körperschaft des öffentlichen Rechts vorbehaltlich geltenden

staatlichen Rechts. Sie führt als solche den Namen „Katholische Kirchengemeinde St. Michael, Papenburg“.

4. Die Pfarrei St. Michael führt ein Pfarrsiegel.
5. Das Gebiet der Pfarrei St. Michael umfasst ab dem 01. Januar 2014 das Gebiet der bisherigen nach Ziffer 1 aufgehobenen Pfarreien.
6. Pfarrkirche der Pfarrei St. Michael wird die Kirche St. Michael. Die Kirche Unbefleckte Empfängnis Mariens wird unter Beibehaltung ihres Patroziniums Gemeindegemeindekirche (Filialkirche).
7. Die Kirchenbücher und Akten der aufgehobenen Pfarreien werden zum Zeitpunkt der Aufhebung dieser Pfarreien geschlossen und von der neuerrichteten Pfarrei St. Michael in sichere Verwahrung genommen. Die bisherigen Siegel der nach Ziffer 1 aufgehobenen Pfarreien St. Michael und St. Marien verlieren ihre Gültigkeit und werden ebenfalls von der Pfarrei St. Michael in sichere Verwahrung genommen. Die Pfarrei St. Michael führt ein neues Pfarrsiegel. Ab dem Zeitpunkt ihrer Errichtung nimmt ausschließlich die Pfarrei St. Michael erforderliche Eintragungen in neu anzulegende Kirchenbücher vor.
8. Die Katholische Kirchengemeinde St. Michael wird gemäß § 18 Abs. 2 Kirchenvermögensverwaltungsgesetz (KVVG) vom 15. Juli 2000 in der Fassung vom 6. Dezember 2013 von einem Verwaltungsausschuss vertreten, dessen Mitglieder durch eine gesonderte bischöfliche Urkunde bestellt werden. Dieser übt bis zur konstituierenden Sitzung des Kirchenvorstandes nach seiner Wahl die Rechte und Pflichten eines Kirchenvorstandes nach dem KVVG aus.
9. Die Aufgabe des Pfarrgemeinderates wird bis zur konstituierenden Sitzung nach der nächsten Wahl ein Pastoralausschuss wahrnehmen, dem alle bisherigen Mitglieder des gemeinsamen Pfarrgemeinderates der beiden gemäß Nr. 1 aufgehobenen Pfarreien angehören. Für den Pastoralausschuss gelten die Regelungen der Satzung für Pfarrgemeinderäte in der Diözese Osnabrück entsprechend.

II. Teil

Gesetz über die Neuordnung des Vermögens

Gemäß der aufgrund can. 391 CIC bestehenden Gesetzgebungsbefugnis und in Ausübung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts gemäß Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137 Abs. 5 der Weimarer Reichsverfassung sowie Art. 12 Abs. 1 Niedersachsenkonkordat wird Folgendes gesetzlich angeordnet:

§ 1 — Geltung des Dekretes des I. Teils

Das im I. Teil dieser Urkunde enthaltene Dekret über die Aufhebung der Pfarreien St. Michael und St. Marien, Papenburg, und die Neuerrichtung der Pfarrei St. Michael, Papenburg ist Bestandteil dieses Gesetzes.

§ 2 — Rechtsnachfolge

Die Katholische Kirchengemeinde St. Michael, Papenburg, ist ab dem Zeitpunkt der Wirksamkeit der Errichtung am 01. Januar 2014 Rechtsnachfolgerin der gemäß I. Teil Nr. 1 aufgehobenen beiden Kirchengemeinden.

§ 3 — Neuordnung des Grundvermögens
(Nicht abgedruckt.)

III. Teil

Inkrafttreten

Dieses Dekret und dieses Gesetz treten mit der Unterzeichnung in Kraft.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 179

Evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig**Kirchenverordnung
über die Zusammenlegung der
Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden Salzdahlum
in Wolfenbüttel, Apelnstedt in Sickte und Volzum in Sickte
in der Propstei Wolfenbüttel****Vom 9. 9. 2013**

Auf Grund des Artikels 22 der Verfassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig in der Neufassung vom 7. Mai 1994 (ABL. S. 14), zuletzt geändert am 13. November 2009 (ABL. 2010 S. 2) und des § 6 der Kirchengemeindeordnung in der Neufassung vom 22. November 2003 (ABL. 2004 S. 2) wird verordnet:

§ 1

(1) Die Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden Salzdahlum in Wolfenbüttel, Apelnstedt in Sickte und Volzum in Sickte in der Propstei Wolfenbüttel werden zu einer Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde „Dreieinigkeitsgemeinde Salzdahlum-Apelstedt-Volzum in Wolfenbüttel“ zusammengelegt.

(2) Die Kirche im Bereich der bisherigen Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Salzdahlum in Wolfenbüttel führt den Namen „St. Jürgen“. Die Kirche im Bereich der bisherigen Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Apelnstedt in Sickte führt den Namen „Friedenskirche“ und die Kirche im Bereich der bisherigen Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Volzum in Sickte führt den Namen „Kirche Volzum“.

§ 2

(1) Die Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde „Dreieinigkeitsgemeinde Salzdahlum-Apelstedt-Volzum in Wolfenbüttel“ umfasst das Gebiet der bisherigen Kirchengemeinden Salzdahlum in Wolfenbüttel, Apelnstedt in Sickte und Volzum in Sickte.

(2) Die Kirchenmitglieder der bisherigen Kirchengemeinden werden Kirchenmitglieder der Kirchengemeinde „Dreieinigkeitsgemeinde Salzdahlum-Apelstedt-Volzum in Wolfenbüttel“.

(3) Die Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde „Dreieinigkeitsgemeinde Salzdahlum-Apelstedt-Volzum in Wolfenbüttel“ ist Rechtsnachfolgerin der Evangelisch-lutherischen Kirchen-

gemeinden Salzdahlum in Wolfenbüttel, Apelnstedt in Sickte und Volzum in Sickte. Das Vermögen der drei Kirchengemeinden geht auf die Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde „Dreieinigkeitsgemeinde Salzdahlum-Apelstedt-Volzum in Wolfenbüttel“ über.

§ 3

(1) Die Mitglieder der Kirchenvorstände der bisherigen Kirchengemeinden bilden den Kirchenvorstand der Evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde „Dreieinigkeitsgemeinde Salzdahlum-Apelstedt-Volzum in Wolfenbüttel“.

(2) Bei Ausscheiden von gewählten Mitgliedern treten zunächst deren Ersatzkirchenvorsteherinnen oder -vorsteher ein.

(3) Bei Ausscheiden weiterer Mitglieder des Kirchenvorstandes der Kirchengemeinde „Dreieinigkeitsgemeinde Salzdahlum-Apelstedt-Volzum in Wolfenbüttel“ finden Nachwahlen nur statt, wenn die Gesamtzahl der nichtordinierten Mitglieder nicht mehr vier erreicht.

(4) Diese Regelungen über die Bildung des Kirchenvorstandes gelten bis zur Neuwahl der Kirchenvorstände.

§ 4

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Kirchenverordnung wählt der Kirchenvorstand der Kirchengemeinde „Dreieinigkeitsgemeinde Salzdahlum-Apelstedt-Volzum in Wolfenbüttel“ eine oder einen Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertretung. Zu dieser Wahlversammlung lädt der Propst ein. Die Wahl leitet das älteste anwesende Mitglied des Kirchenvorstandes.

§ 5

Diese Kirchenverordnung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 180

Evangelisch-reformierte Kirche**Urkunde
über die Vereinigung der
Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Melle und der
Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Osnabrück zur
Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Osnabrück****Vom 23. 12. 2013**

Die Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde Melle und die Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde Osnabrück haben aufgrund von § 7 Absatz 3 der Kirchenverfassung, mit Zustimmung der Synode des Synodalverbandes Emsland-Osnabrück und der Genehmigung des Moderamens der Gesamtsynode beschlossen:

§ 1

Die mit Wirkung vom 1. Mai 1991 errichtete Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde Melle (Gesetz- und Verordnungsbl. Bd. 16 S. 113) und die mit Wirkung vom 25. Januar 1889 errichtete Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde Osnabrück (Gesetz- und Verordnungsbl. Bd. 1 S. 251) vereinigen sich zur Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Osnabrück.

§ 2

Die vereinigte Evangelisch-reformierte Kirchengemeinde Osnabrück übernimmt alle Rechte und Pflichten der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Melle und der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Osnabrück.

§ 3

Die mit Wirkung vom 1. Mai 1991 errichtete Pfarrstelle der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Melle (Gesetz- und Verordnungsbl. Bd. 16 S. 113) wird aufgehoben.

§ 4

Diese Urkunde tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 180

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Aufstufung von Teilstrecken im Zuge der Kreisstraße 27

**Vfg. d. NLStBV v. 4. 2. 2014
— GB Wolfenbüttel-34/31030-L 287 —**

I.

Die in der Gemarkung Brome, Landkreis Gifhorn, gelegenen Teilstrecken der Kreisstraße 27 werden mit Wirkung vom 1. 1. 2014 zur Landesstraße aufgestuft und Bestandteil der Landesstraße Nr. 287 (§ 7 NStrG).

Die aufzustufenden Strecken beginnen mit Station 000 des Abschnittes 15 und enden mit Station 319 des Abschnittes 20.

Ihre Gesamtlänge beträgt 655 m.

Träger der Straßenbaulast ist das Land Niedersachsen.

Die Grenzen der Ortsdurchfahrt des Flecken Brome, Ortsteil Zicherie, bleiben unberührt.

II.

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift der Urkundsbeamtin oder des Urkundsbeamten Klage beim Verwaltungsgericht Braunschweig erhoben werden. Die Klage ist gegen die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, zu richten.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 181

Feststellung gemäß § 3 a UVPG; Bahnsteigverlängerung Haltestelle Langenhagen Endpunkt

**Bek. d. NLStBV v. 12. 2. 2014
— 3335-30161-Langenhagen Endpunkt —**

Die Infrastrukturgesellschaft Region Hannover GmbH (infra) hat die Bahnsteigverlängerung für Drei-Wagen-Züge auf der Stadtbahnstrecke B-Nord in der Stadt Langenhagen (Haltestelle Langenhagen Endpunkt) gemäß § 28 Abs. 2 PBefG i. V. m. § 74 Abs. 7 VwVfG bei der NLStBV beantragt.

Im Rahmen des Verzichts auf Planfeststellung ist gemäß § 3 e i. V. m. § 3 c UVPG i. d. F. vom 24. 2. 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. 7. 2013 (BGBl. I S. 2749), durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Nach der Vorprüfung der entscheidungserheblichen Daten und Unterlagen wird hiermit für das o. g. Vorhaben gemäß § 3 a UVPG festgestellt, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung ist gemäß § 3 a UVPG nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 181

Feststellung gemäß § 3 a UVPG; Bahnsteigverlängerung Haltestelle Werner-v.-Siemens-Platz

**Bek. d. NLStBV v. 13. 2. 2014
— 3335-30161-Werner-v.-Siemens-Platz —**

Die Infrastrukturgesellschaft Region Hannover GmbH (infra) hat die Bahnsteigverlängerung für Drei-Wagen-Züge auf der Stadtbahnstrecke B-Süd in der Stadt Laatzen (Haltestelle Werner-v.-Siemens-Platz) gemäß § 28 Abs. 2 PBefG i. V. m. § 74 Abs. 7 VwVfG bei der NLStBV beantragt.

Im Rahmen des Verzichts auf Planfeststellung ist gemäß § 3 e i. V. m. § 3 c UVPG i. d. F. vom 24. 2. 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. 7. 2013 (BGBl. I S. 2749), durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Nach der Vorprüfung der entscheidungserheblichen Daten und Unterlagen wird hiermit für das o. g. Vorhaben gemäß § 3 a UVPG festgestellt, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung ist gemäß § 3 a UVPG nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 181

Niedersächsische Landesmedienanstalt

Übereinstimmende Satzung der Landesmedienanstalten zur Deckung der notwendigen Ausgaben/Aufwendungen der Organe nach § 35 Absatz 2 des Rundfunkstaatsvertrags und zur Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben (Finanzierungssatzung — FS)

Bek. d. NLM v. 13. 2. 2014

Die Versammlung der NLM hat in ihrer Sitzung am 13. 2. 2014 die in der **Anlage** abgedruckte Satzung beschlossen.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 181

Anlage

Übereinstimmende Satzung der Landesmedienanstalten zur Deckung der notwendigen Ausgaben/Aufwendungen der Organe nach § 35 Absatz 2 des Rundfunkstaatsvertrags und zur Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben (Finanzierungssatzung — FS)

Vom 20.11.2013

Aufgrund von § 35 Absatz 10 Satz 4 des Staatsvertrages über Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag — RStV) vom 31. August 1991 (Nds. GVBl. S. 311 f.) in der Fassung des 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrages vom 10. März 2010 (Nds. GVBl. S. 135 f.) und nach Maßgabe des Vertrages über die Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten in der Bundesrepublik Deutschland (ALM) — ALM-Statut — erlässt die Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM) folgende Satzung:

§ 1

Grundsatz

Die Landesmedienanstalten decken die notwendigen Ausgaben/Aufwendungen für die personellen und sachlichen Mittel der Organe nach § 35 Absatz 2 RStV sowie für die übrigen Gemeinschaftsaufgaben nach § 2 des ALM-Statutes.

§ 2

Gemeinsame Geschäftsstelle, Beauftragter für den Haushalt

(1) Zur Aufgabenerfüllung ist eine Gemeinsame Geschäftsstelle mit Sitz in Berlin eingerichtet. Näheres regelt das ALM-Statut.

(2) Der Gemeinsamen Geschäftsstelle obliegt die Umsetzung (Ausführung, Vollzug und Abrechnung) des Gesamtwirtschaftsplans der ALM-GbR nach Maßgabe dieser Satzung und in Abstimmung mit dem/der nach § 6 Absatz 2 des ALM-Statutes gewählten Beauftragten für den Haushalt (BfH). Der/Die BfH ist für die ALM sowie für die ALM als Gesellschaft bürgerlichen Rechts zur Abwicklung des Wirtschaftsplans/Haushalts bevollmächtigt. Die Gemeinsame Geschäftsstelle kann sich mit Zustimmung des/der BfH der Zuarbeit Dritter bedienen.

§ 3

Gesamtwirtschaftsplan

(1) Die von den Organen jeweils aufgestellten Einzelwirtschaftspläne nach § 35 Abs. 10 RStV werden von dem oder der BfH gemeinsam mit den sonstigen Gemeinschaftskosten in einem Gesamtwirtschaftsplan der ALM als GbR zusammengefasst.

(2) Der Gesamtwirtschaftsplan und die Einzelwirtschaftspläne müssen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entsprechen.

(3) Der Gesamtwirtschaftsplan enthält die voraussichtlichen Ausgaben/Aufwendungen (Personal-, Sach-, und sonstige Ausgaben/Aufwendungen) für das darauffolgende Rechnungsjahr. Rechnungsjahr des Gesamtwirtschaftsplanes ist das Kalenderjahr.

(4) Als Einnahmen sind im Gesamtwirtschaftsplan die Zuführungen an die ALM GbR durch die Landesmedienanstalten vorzusehen.

(5) Die Aufstellung und der Vollzug des Gesamtwirtschaftsplanes erfolgt in Anlehnung an das Haushaltsrecht des Landes Berlin. Durch den Gesamtwirtschaftsplan und die Einzelwirtschaftspläne der Organe nach § 35 Abs. 2 RStV werden Ansprüche und Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.

(6) Der oder die BfH legt den Gesamtwirtschaftsplan spätestens bis zum 15. September eines Jahres vor. Gesamtwirtschaftsplan und Finanzierungsschlüssel werden nach § 1 ALM-Statut einstimmig beschlossen.

(7) Den für die Landesmedienanstalten zuständigen Landesrechnungshöfen ist ein Prüfungsrecht eingeräumt. Näheres regelt eine Vereinbarung mit den Landesrechnungshöfen.

§ 4

Finanzierung der ALM GbR

Jeder Gesellschafter (§ 1 ALM-Statut) trägt zur Finanzierung im Rahmen eines jährlich zu beschließenden Finanzierungsschlüssels bei und haftet im Innenverhältnis nur in diesem Umfang. Der Finanzierungsschlüssel bestimmt sich aus dem Verhältnis des der jeweiligen Landesmedienanstalt zustehenden Anteils am Aufkommen aus dem Rundfunkbeitrag zum Gesamtaufkommen. Daneben werden Einnahmen aus Verwaltungsgebühren zur Finanzierung herangezogen.

§ 5

Zuführungen

(1) Zur Deckung der notwendigen Ausgaben/Aufwendungen insbesondere im Zusammenhang mit den Organen nach § 35 Abs. 2 RStV leisten die zuständigen Landesmedienanstalten Zahlungen aus ihrem Anteil nach § 10 Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag rechnerisch in Höhe von 75 von Hundert der nach § 2 Absatz 3 Satzung zur Erhebung von Kosten im Bereich des bundesweiten privaten Rundfunks festgelegten Gebühren an die ALM GbR (Zuführungen). Die um die Zuführungen nach Satz 1 geminderten notwendigen Ausgaben/Aufwendungen werden durch Leistungen aller Landesmedienanstalten an die ALM GbR gedeckt. Die Höhe der Zuführungen nach Satz 2 bemisst sich nach dem gemäß § 4 jährlich festzulegenden Finanzierungsschlüssel.

(2) Soweit Zuführungen nach Absatz 1 Satz 1 die notwendigen Ausgaben/Aufwendungen für das laufende Rechnungsjahr übersteigen, sind sie zur Deckung der im Folgejahr notwendigen Ausgaben/Aufwendungen zu übertragen. Soweit Leistungen nach Absatz 1 Satz 2 die notwendigen Ausgaben/Aufwendungen für das laufende Rechnungsjahr übersteigen, sind sie nach Feststellung des Jahresabschlusses im Verhältnis des für das betreffende Geschäftsjahr beschlossenen Finanzierungsschlüssels an die Landesmedienanstalten zurückzuführen. Zinserträge können auch zur Deckung der notwendigen Ausgaben/Aufwendungen im Folgejahr verwendet werden.

(3) Die Beträge für die regelmäßigen notwendigen Ausgaben/Aufwendungen werden den Landesmedienanstalten von der ALM GbR mitgeteilt und von den Landesmedienanstalten innerhalb von zwei Wochen nach Absendung der Mitteilung geleistet. Im Übrigen erfolgen die Zuführungen nach Bedarf. Die ALM GbR ist berechtigt, von den Landesmedienanstalten Abschlagszahlungen zu fordern, soweit der Kassenstand den Betrag von EUR 300 000 unterschreitet.

(4) Zum 1. Oktober des Rechnungsjahres teilt die ALM GbR den Landesmedienanstalten die voraussichtlich im Rechnungsjahr noch erforderlichen Zuführungen mit. Zum 1. Dezember des Rechnungsjahres ruft sie die dann voraussichtlich noch erforderlichen Zuführungen ab.

(5) Nachbewilligungen sind nur zulässig, wenn für die beabsichtigte Mehrausgabe Deckung durch entsprechende Minderausgaben innerhalb des Gesamtwirtschaftsplans möglich ist. Sie sind von dem/der BfH gegenzuzeichnen.

§ 6

Rechtsgeschäfte

(1) Die ALM GbR geht im Rahmen des Gesamtwirtschaftsplans entsprechende rechtsgeschäftliche Verpflichtungen ein.

(2) Soweit Verpflichtungen nach Abs. 1 sachlich die Arbeit der Organe nach § 35 Abs. 2 RStV betreffen, bedarf es für Rechtsgeschäfte mit einem Volumen von bis zu EUR 25 000 der Zustimmung des/der BfH, über EUR 25 000 zusätzlich eines Beschlusses des jeweiligen Organs nach § 35 Abs. 2 RStV.

(3) Soweit Verpflichtungen nach Abs. 1 sachlich sonstige Gemeinschaftsaufgaben betreffen, entscheidet über Aufwendungen mit einem Volumen von bis zu EUR 25 000 der/die ALM-Vorsitzende oder der/die BfH, über EUR 25 000 bedarf die ALM GbR der Zustimmung der Gesellschafter.

(4) Der/Die ALM-Vorsitzende kann dem/der Leiter/in der Gemeinsamen Geschäftsstelle und weiteren Personen allgemein oder im Einzelfall schriftliche Untervollmacht erteilen. Im Übrigen kann der/die Leiter/in der Gemeinsamen Geschäftsstelle Rechtsgeschäfte bis zu EUR 10 000 tätigen.

§ 7

Rechnungslegung

(1) Die Abrechnung der Einzelwirtschaftspläne der Organe nach § 35 Abs. 2 RStV erfolgt im Rahmen der Rechnungslegung der ALM GbR. Die ALM GbR stellt jährlich einen handelsrechtlichen Jahresabschluss (nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften) auf, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang. Daneben erfolgt die Abrechnung des Gesamtwirtschaftsplans auf Basis Einnahmen/Ausgaben sowie einer Überleitung zur handelsrechtlichen Rechnungslegung.

(2) Der Jahresabschluss, die Abrechnung des Gesamtwirtschaftsplans und die Überleitungsrechnung sind jährlich von einer Wirtschaftsprüferin oder einem Wirtschaftsprüfer, die oder den die Gesellschafterversammlung der ALM GbR mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder bestellt, zu prüfen.

(3) Den Jahresabschluss, die Abrechnung des Gesamtwirtschaftsplans, die Überleitungsrechnung sowie den Bericht und den Prüfbericht der Wirtschaftsprüferin oder des Wirtschaftsprüfers legt die/der BfH der Gesellschafterversammlung der ALM GbR bis zum 30. Juni des neuen Rechnungsjahres vor, die mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung des Vorsitzenden der ALM GbR und des BfH beschließt.

(4) Der Jahresabschluss wird auf den Internetseiten der ALM GbR veröffentlicht.

§ 8

Beschäftigte

(1) Arbeitsverträge mit den Beschäftigten der Gemeinsamen Geschäftsstelle werden von dem/der ALM-Vorsitzenden im Namen und auf Rechnung der ALM GbR geschlossen. Der/die ALM-Vorsitzende kann den/die BfH insoweit ermächtigen. Die Besetzung von Personalstellen ist nur zulässig im Rahmen des Stellenplanes, der dem Gesamtwirtschaftsplan beizufügen ist.

(2) Dienst- und Arbeitsverhältnissen sind der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und die diese ergänzenden, ändernden oder ersetzenden Tarifverträge zugrunde zu legen. Im Übrigen gelten die arbeits- und dienstrechtlichen Bestimmungen des Landes Berlin. Außertarifliche Eingruppierungen sind in begründeten Ausnahmefällen zulässig.

§ 9

Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

Diese Satzung tritt am ersten des Folgemonats in Kraft, in dem alle Landesmedienanstalten ihr zugestimmt haben und die Satzung in den jeweiligen Verkündungsblättern aller Länder veröffentlicht ist. Zugleich tritt die Finanzierungssatzung vom 17. Juni 2011 außer Kraft. Der/die ALM-Vorsitzende nach dem ALM-Statut gibt den Zeitpunkt des Inkrafttretens bekannt.

**Niedersächsischer Landesbetrieb
für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz**

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG;
Nacherhöhung des Weserhauptdeiches
von der Landesgrenze Bremen bis Wurthfleth,
Landkreise Osterholz und Cuxhaven**

**Bek. d. NLWKN v. 12. 2. 2014
— GB VI L 11-62211-161-001 —**

Der rechtsseitige Weser-Hauptdeich soll von der Landesgrenze Bremen bis Wurthfleth auf einer Länge von rd. 8 km auf die erforderliche Bestickhöhe gebracht und ein Treibselräumweg gebaut werden. Die Deicherhöhung folgt im Wesentlichen der vorhandenen Deichtrasse; die mit der Deicherhöhung verbundene Verbreiterung des Deichquerschnittes erfolgt außendeichs; die Bauzeit beträgt mehrere Jahre.

Für das beantragte Vorhaben ist gemäß § 3 c UVPG vom 24. 2. 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. 7. 2013 (BGBl. I S. 2749), i. V. m. Nummer 13.16 der Anlage 1 UVPG anhand einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles festzustellen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Der NLWKN hat als zuständige Behörde gemäß § 3 a UVPG nach überschläglicher Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 2 UVPG aufgeführten Kriterien festgestellt, dass eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht.

Diese Feststellung wird hiermit gemäß § 3 a UVPG bekannt gemacht.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 183

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(NAWARO Biogas WBO GmbH & Co. KG, Rhadereistedt)**

**Bek. d. GAA Cuxhaven v. 17. 2. 2014
— 13-012-02-8.1-Gf —**

Die Firma NAWARO Biogas WBO GmbH & Co. KG, Industriestraße 6, 27404 Rhadereistedt, hat mit Schreiben vom 7. 4. 2013 die Erteilung einer Genehmigung gemäß den §§ 16 und 19 BImSchG in der derzeit geltenden Fassung für die Änderung einer Anlage zur Erzeugung und Lagerung von Biogas, einer Verbrennungsmotoranlage zur Erzeugung von Strom für den Einsatz von Biogas und einer Anlage zur Lagerung von Gülle/Gärssubstrat (hier: Biogasanlage) am Standort in 27404 Ostereistedt, Gemarkung Ostereistedt, Flur 2, Flurstücke 144/1 und 144/2, beantragt.

Gegenstand der wesentlichen Änderung sind Bau und Betrieb eines Gärproduktlagerbehälters mit Tragfoliendach, einer zusätzlichen Siloplatte, einer Gärresttrocknungsanlage sowie der Tausch von zwei BHKW.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. den Nummern 4.2.2 und 9.1.1.3 der Anlage 1 UVPG in der derzeit geltenden Fassung durch eine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung in diesem Verfahren nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Sie ist nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 183

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

**Entscheidung nach dem BImSchG;
Öffentliche Bekanntmachung
(K & S Verwaltungs-GmbH, Hamburg)**

**Bek. d. GAA Lüneburg v. 26. 2. 2014
— 4.1-CUX000033646 Wa —**

Das GAA Lüneburg hat der Firma K & S Verwaltungs-GmbH, Schellerdamm 16, 21079 Hamburg, mit der Entscheidung vom 11. 2. 2014 die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Tank- und Logistikcenters zur Ver- und Entsorgung von Offshore-Anlagen am Standort Helgoländer Kai 5, 27472 Cuxhaven, gemäß den §§ 4 und 10 BImSchG erteilt.

Gegenstand der Genehmigung sind im Wesentlichen die folgenden Maßnahmen:

- Erhöhung der Lagerkapazität auf nunmehr maximal 241 t gefährlicher Abfall und 120 t nicht gefährlicher Abfall für die Dauer von weniger als einem Jahr,
 - Teilweise Neugliederung der Lager- und Behandlungsflächen auf dem Betriebsgelände. Vorgesehen sind folgende Bereiche:
 - Halle BE 2.0: Lager für feste gefährliche Abfälle maximal 1 t (BE 2.2),
 - Außenlager BE 3.0: Lager für feste nicht gefährliche Abfälle maximal 120 t (BE 3.1),
 - VAWs-Lager BE 4.0: Lager für gefährliche Abfälle maximal 240 t und nicht gefährliche Schlämme maximal 120 t.
- Die Größe der Lagerfläche BE 4.0 ist begrenzt auf maximal 10 Stellplätze für 20 Standardcontainer. Die Gesamtlagermenge nicht gefährlicher Abfälle von 120 t wird nicht überschritten. Für die Lagerflächen BE 3.0 und 4.0 bestehen gegenseitige Abhängigkeiten in Bezug auf die Kapazitäten der nicht gefährlichen Abfälle.
- Sortieranlage (BE 2.1) in der Halle, zur Behandlung nicht gefährlicher fester Abfälle.

Es erfolgen keine baulichen Änderungen.

Der Bescheid enthält Nebenbestimmungen, um die Erfüllung der Genehmigungsvoraussetzungen des § 6 BImSchG sicherzustellen.

Der vollständige Bescheid kann in der Zeit vom **27. 2. 2014** bis einschließlich **12. 3. 2014** bei folgenden Stellen eingesehen werden:

- **Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg**, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg, Zimmer 0.306,

montags bis donnerstags	7.30 bis 16.00 Uhr,
freitags	7.30 bis 13.00 Uhr,
- **Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven**, Elfenweg 15, 27474 Cuxhaven, Anmeldung in Raum 117,

montags bis donnerstags	7.30 bis 16.00 Uhr,
freitags	7.30 bis 13.00 Uhr.

Nach der öffentlichen Bekanntmachung kann der Bescheid einschließlich Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg, schriftlich angefordert werden. Nach einer Anforderung durch elektronische Post an poststelle@gaa-ig-niedersachsen.de kann der vollständige Bescheid den vorgenannten Personen auch als PDF-Datei zur Verfügung gestellt werden.

Gemäß § 10 Abs. 7 und 8 BImSchG i. V. m. § 21 a der 9. BImSchV, jeweils in der derzeit geltenden Fassung, werden der verfügbare Teil des Bescheides (Tenor) und die Rechtsbehelfsbelehrung als **Anlage** öffentlich bekannt gemacht.

Das genehmigte Vorhaben betrifft eine Anlage nach der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. 11. 2010 über Industrieemissionen (sog. Industrieemissions-Richtlinie), für das es bisher noch kein maßgebliches BVT-Merkblatt gibt. Die aktuellen BVT-Merkblätter können im Internet beim Umweltbundesamt unter www.umweltbundesamt.de heruntergeladen werden.

Der Genehmigungsbescheid mit Ausnahme der in Bezug genommenen Antragsunterlagen ist auch im Internet unter <http://www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de> und dort unter „Bekanntmachungen > Lüneburg — Celle — Cuxhaven“ einsehbar.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Bescheid mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt gilt.

Weiterer Hinweis zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Diejenigen, die in dem unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführten Verfahren während der Einwendungsfrist keine Einwendungen erhoben haben, sind mit etwaigen Rechtsbehelfen gegen die o. g. Entscheidung gemäß § 10 Abs. 3 Satz 5 BImSchG grundsätzlich ausgeschlossen.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 183

Anlage

Genehmigungsentscheidung

I. Genehmigung

1. Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg (Genehmigungsbehörde) erteilt der Firma (Antragstellerin)

**K & S Verwaltungs-GmbH,
Schellerdamm 16,
21079 Hamburg,**

auf Antrag vom 22. 7. 2013 die Genehmigung zur Errichtung und des Betriebes einer Anlage zur zeitweiligen Lagerung von Abfällen mit einer Lagerkapazität von maximal 120 t nicht gefährlicher Abfälle und 241 t gefährlicher Abfälle sowie einer Abfallbehandlungsanlage mit einer Leistung von maximal 50 t/d. auf dem Grundstück:

PLZ, Ort: 27472 Cuxhaven, Helgoländer Kai 5
Gemarkung: Cuxhaven
Flur: 2
Flurstücke: 65, 66, 118/9.

2. Die Genehmigung umfasst folgende Maßnahmen und Anlagenteile, die Gegenstand der Genehmigung sind:

- Erhöhung der Lagerkapazität auf nunmehr maximal 241 Tonnen gefährlicher Abfall und 120 Tonnen nicht gefährlicher Abfall für die Dauer von weniger als einem Jahr,
- Teilweise Neugliederung der Lager- und Behandlungsflächen auf dem Betriebsgelände. Vorgesehen sind folgende Bereiche:

Halle BE 2.0: Lager für feste gefährliche Abfälle max. 1 t (BE 2.2),

Außenlager BE 3.0: Lager für feste nicht gefährliche Abfälle max. 120 t (BE 3.1),

VAwS-Lager BE 4.0: Lager für gefährliche Abfälle max. 240 t und nicht gefährliche Schlämme max. 120 t.

Die Größe der Lagerfläche BE 4.0 ist begrenzt auf maximal 10 Stellplätze für 20 Standardcontainer. Die Gesamtlagermenge nicht gefährlicher Abfälle von 120 t wird nicht überschritten. Für die Lagerflächen BE 3.0 und 4.0 bestehen gegenseitige Abhängigkeiten in Bezug auf die Kapazitäten der nicht gefährlichen Abfälle.

Sortieranlage (BE 2.1) in der Halle, zur Behandlung nicht gefährlicher fester Abfälle.

Es erfolgen keine baulichen Änderungen.

3. Die Genehmigung erfolgt nach Maßgabe der in Anhang 1*) aufgeführten Antragsunterlagen, soweit in den in Abschnitt II aufgeführten Nebenbestimmungen keine abweichenden Regelungen getroffen sind und unbeschadet der Rechte Dritter.

4. Sicherheitsleistung:

Die Genehmigung erfolgt unter der Bedingung, dass die Anlagenbetreiberin nach § 12 Absatz 1 Satz 2 BImSchG zur Sicherstellung der Anforderungen des § 5 Absatz 3 BImSchG gegenüber dem Land Niedersachsen, vertreten durch das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven, vor Inbetriebnahme Sicherheit in Form einer unbedingten, unbefristeten, unwiderruflichen und selbstschuldnerischen Bürgschaft — alternativ zu selbstschuldnerisch: unter dem Verzicht auf die Einrede der Vorausklage — einer deutschen Bank oder Sparkasse in Höhe von 290 000,— Euro (in Worten: zweihundertneunzigtausend Euro) leistet.

Die Bürgschaftsurkunde ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven zu hinterlegen.

Nachforderungen zur Sicherheitsleistung bleiben vorbehalten.

Im Fall des Wechsels des Anlagenbetreibers kann die Sicherheitsleistung zurückgewährt werden, sofern der neue Betreiber vor Betriebsübergang eine in der Höhe durch die Behörde neu festzulegende Sicherheit geleistet hat.

5. Kostenentscheidung:

Diese Entscheidung ist kostenpflichtig. Sie haben die Kosten des Verfahrens zu tragen. Über die Höhe der Kosten sowie Einzelheiten zu den maßgeblichen Rechtsgrundlagen für die Erhebung der Kosten und deren Höhe ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

6. Rechtsgrundlagen:

Die Genehmigungsentscheidung basiert auf §§ 4 und 10 des BImSchG in Verbindung mit § 1 und § 2 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) sowie der Ziffer 8.12.1.1 (G, E) des Anhangs der 4. BImSchV.

II. Ihre Rechte

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg, einzulegen.

*) Hier nicht abgedruckt.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Osnabrück

**Feststellung gemäß § 3 a UVPG
(Trinity GmbH, Bad Bentheim)**

Bek. d. GAA Osnabrück v. 31. 1. 2014 — 14-012-01/Ev —

Die Trinity GmbH, Brüsseler Straße 36, 48455 Bad Bentheim, hat mit Antrag vom 23. 1. 2014 die Erteilung einer Genehmigung gemäß den §§ 4 und 19 BImSchG in der derzeit geltenden Fassung zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zum Schmelzen von tierischen Fetten beantragt. Standort der Anlage ist das Grundstück in 48455 Bad Bentheim, Gemarkung Gildehaus, Flur 80, Flurstücke 8/10, 8/11, 8/12 und 8/13.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß § 3 c i. V. m. Nummer 7.15.2 der Anlage 1 UVPG in der derzeit geltenden Fassung durch eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Diese Feststellung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Sie ist nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 184

Berichtigungen

Berichtigung des RdErl. Beglaubigung inländischer öffentlicher Urkunden für die Verwendung im Ausland

Der RdErl. des MI vom 29. 11. 2013 (Nds. MBl. S. 914) — VORIS 21052 — wird wie folgt berichtigt:

In der neu gefassten Nummer 2.3.1 werden die Worte „die im Bezirk einer anderen Polizeidirektion in Niedersachsen ausgestellt worden sind,“ gestrichen.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 184

**Berichtigung
der Bek. Vorläufige Sicherung
des Überschwemmungsgebietes der Ollenbäke
im Landkreis Ammerland**

Die Bek. des NLWKN vom 22. 1. 2014 (Nds. MBl. S. 89) wird wie folgt berichtigt:

In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Gemeinde“ durch die Worte „Gemeinden Apen und“ ersetzt.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 185

Stellenausschreibungen

Im Rechnungsprüfungsamt der **Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers** sind zum 1. 7. 2014 und zum 1. 10. 2014 zwei unbefristete Stellen

einer Rechnungsprüferin oder eines Rechnungsprüfers
(BesGr. A 12/EntgeltGr. 11 TV-L)

zu besetzen.

Zu den Kernaufgaben gehören:

Kassen- und Rechnungsprüfungen, Organisations- und Wirtschaftsprüfungen, Schwerpunkt-, Querschnitts-, Projekt- und Systemprüfungen, Prüfungen von Verwendungsnachweisen.

Wir erwarten:

- Laufbahnbefähigung für das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung allgemeiner kirchlicher Verwaltungsdienst unserer Landeskirche oder vergleichbare Laufbahnbefähigung einer anderen Landeskirche oder eines Landes oder des Bundes oder abgeschlossene Angestelltenprüfung II,
- umfassende Kenntnisse und mehrjährige Erfahrung im öffentlichen — vorzugsweise kirchlichen — Dienst, insbesondere im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen,
- betriebswirtschaftliche Kenntnisse sowie umfassende Kenntnisse im kaufmännischen Rechnungswesen,
- fundierte PC-Kenntnisse (wie MS-Word, -Excel, -Outlook),
- selbständiges und verantwortungsvolles Arbeiten,
- soziale und kommunikative Kompetenz,
- evangelisch-lutherisches Bekenntnis oder anderes Bekenntnis einer Gliedkirche der EKD (bitte einen entsprechenden Hinweis in die Bewerbungsunterlagen aufnehmen).

Die Prüfungstätigkeit ist mit Außendienst verbunden und setzt die Bereitschaft zur Teilnahme an Sitzungen und Ortsterminen — auch außerhalb der allgemeinen Arbeitszeit — voraus. Führerschein Klasse B und der dienstliche Einsatz des privaten PKW werden daher erwartet. Die Stellen sind wegen der Reisetätigkeit nur bedingt für Personen mit Behinderungen geeignet.

Wir sind bestrebt, den Anteil von Frauen in den Bereichen zu erhöhen, in denen sie bisher unterrepräsentiert sind. Deswegen freuen wir uns über die Bewerbungen von Frauen. Bei gleichwertiger Qualifikation werden Frauen bevorzugt eingestellt.

Die Arbeitsbereiche umfassen derzeit jeweils verschiedene Kirchenkreise in der Region Hannover einschließlich der jeweils dazugehörigen Kirchengemeinden, Einrichtungen und Werke. Die regelmäßigen Dienststätten befinden sich in Hannover.

Für Fragen und Informationen stehen Ihnen Herr Sander, Tel. 0511 1241-268, sowie Herr Rose, Tel. 0511 1241-747, gern zur Verfügung.

Informationen über die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers finden Sie unter www.landeskirche-hannover.de. Das Landeskirchenamt ist im Rahmen des audit berufundfamilie als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte mit den üblichen Unterlagen **bis zum 24. 3. 2014** an die Präsidentin des Landeskirchenamtes der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, Postfach 37 26, 30037 Hannover.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 185

Die **Stadt Einbeck** (32 500 Einwohnerinnen und Einwohner) besetzt die Position

einer Städtischen Bauoberrätin oder eines Städtischen Bauoberrats
(BesGr. A 14)

als Leiterin oder Leiter des Fachbereichs Bauen, Planen, Umwelt spätestens zum 1. 11. 2014 neu. Eine frühere Besetzung der Stelle kann ggf. infrage kommen.

Einstellungsvoraussetzung ist die Befähigung für die Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, Fachrichtung technische Dienste, mit Kenntnissen des Städtebaus, der Bautechnik, der Baugestaltung und des öffentlichen Baurechts (§ 57 Abs. 4 NBauO), z. B. durch die Fachrichtungen Hochbau, Stadtbauwesen, Städtebau.

Der vollständige Text der Ausschreibung ist im Internet unter www.einbeck.de abrufbar.

Bewerbungen mit aussagekräftigen Unterlagen richten Sie bitte **bis zum 31. 3. 2014** an die Bürgermeisterin der Stadt Einbeck, Frau Dr. Sabine Michalek, Teichenweg 1, 37574 Einbeck.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 185

Die **Stadt Northeim**, ein verkehrsgünstig gelegener Wirtschaftsstandort im Herzen Deutschlands, bietet neben beruflicher Sicherheit und Familienfreundlichkeit zum nächstmöglichen Zeitpunkt die

Leitung des Geschäftsbereiches Bau- und Stadtentwicklung

in einem attraktiven, vielfältigen Arbeitsumfeld einer modernen Verwaltung zur Besetzung an.

Der detaillierte Ausschreibungstext kann unter stellen.northeim.de eingesehen werden. Ihre schriftliche Bewerbung mit Lebenslauf, Zeugniskopien und Tätigkeitsnachweisen richten Sie bitte **bis zum 31. 3. 2014** an den Bürgermeister der Stadt Northeim, Scharnhorstplatz 1, 37154 Northeim.

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 185

Bekanntmachungen der Kommunen

Aufhebung der „Bockwindmühle Dornum-Stiftung“

**Bekanntmachung des Landkreises Aurich
vom 17.02.2014 — I/10-150 17 1**

Mit Schreiben vom 17.02.2014 hat der Landkreis Aurich als zuständige Kommunalaufsichtsbehörde gemäß § 19 Abs. 2 S. 2 NStiftG vom 24.07.1968 (Nds. GVBl. S. 119), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.11.2004 (Nds. GVBl. S. 514), die Aufhebung der „Bockwindmühle Dornum-Stiftung“ mit Sitz in Dornum gemäß § 7 Abs. 3 S. 3 in Verbindung mit § 7 Abs. 1 NStiftG genehmigt.

Die letzte Anschrift der Stiftung lautet:

Bockwindmühle Dornum-Stiftung
c/o Gemeinde Dornum
Schatthäuser Straße 9
26553 Dornum.

Aurich, 17.02.2014

Landkreis Aurich
Der Landrat
Weber

— Nds. MBl. Nr. 8/2014 S. 185

Herausgegeben von der Niedersächsischen Staatskanzlei
Verlag: Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover; Postanschrift: 30130 Hannover, Telefon 0511 8550-0, Telefax 0511 8550-2400. Druck: Gutenberg Beuys Feindruckerei GmbH, Langenhagen. Erscheint nach Bedarf, in der Regel wöchentlich. Laufender Bezug und Einzelstücke können durch den Verlag bezogen werden. Bezugspreis pro Jahr 130,40 €, einschließlich 8,53 € Mehrwertsteuer und 12,80 € Portokostenanteil. Bezugskündigung kann nur 10 Wochen vor Jahresende schriftlich erfolgen. Einzelnummer je angefangene 16 Seiten 1,55 €. ISSN 0341-3500. Abonnementsservice: Christian Engelmann, Telefon 0511 8550-2424, Telefax 0511 8550-2405
Einzelverkaufspreis dieser Ausgabe 1,55 € einschließlich Mehrwertsteuer zuzüglich Versandkosten